



Ulf Küch

SOKO ASYL

Eine Sonderkommission offenbart
überraschende Wahrheiten über
Flüchtlingskriminalität

riva

Ulf Küch

SOKO ASYL

Ulf KÜch

SOKO ASYL

Eine Sonderkommission offenbart
überraschende Wahrheiten über
Flüchtlingskriminalität

riva

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Für Fragen und Anregungen:

info@rivaverlag.de

Originalausgabe

2. Auflage 2016

© 2016 by riva Verlag, ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH,
Nymphenburger Straße 86
D-80636 München
Tel.: 089 651285-0
Fax: 089 652096

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Redaktion: Antje Steinhäuser
Umschlaggestaltung: Karen Schmidt
Umschlagabbildung: picture alliance/dpa
Satz: Daniel Förster, Belgern
Druck: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany

ISBN Print 978-3-86883-862-6
ISBN E-Book (PDF) 978-3-95971-189-0
ISBN E-Book (EPUB, Mobi) 978-3-95971-190-6

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter

www.rivaverlag.de

Beachten Sie auch unsere weiteren Verlage unter
www.muenchner-verlagsgruppe.de

INHALT

Vorwort	7
Es gibt keine kriminellen Völker – wie alles begann	11
Der Anfang und die umF	
Kriminalhauptkommissar Torsten Heuer, Leiter der Soko	29
Der Alltag in Kralenriede	38
Die Entwicklung der Soko und ihre Klientel	
Kriminalhauptkommissar Torsten Heuer, Leiter der Soko	46
Politiker, die Sorgen der Bürger und eine Talkshow	50
Silvester 2015 in Köln: Chronologie eines Skandals	55
Identitäten in der Krise – und die Sache mit dem Hornhauthobel	
Polizeikommissar Matthias B., Sachbearbeiter der Soko	58
Realistische Lösungsansätze statt bössartiger Märchen	68
Sozialleistungsbetrug: Doppelt hält länger	
Polizeioberkommissar Jörn Memenga, stellvertretender Leiter der Soko	76
Zwischen Wahrheitsfindung und Statistik-Tricksern	84
Von Mundraub bis Haftbefehl – Die Arbeit der Soko	
Kriminalhauptkommissar Torsten Heuer, Leiter der Soko	91
Das Problem, die Polizei und die Suche nach der Lösung	98
Mit beschleunigtem Verfahren und nie ohne Dolmetscher	
Polizeioberkommissar Jörn Memenga, stellvertretender Soko-Leiter	100
2015: das Jahr, die Flüchtlinge, die Krise	105
Kaum nachvollziehbare Fehler bei der Aufnahme	109

Sexualdelikte gibt es, Massenvergewaltigungen gibt es nicht	
Kriminalhauptkommissar Torsten Heuer, Leiter der Soko	114
Das Problem mit den falschen Identitäten	120
Die Mentalität der Menschen und das Ausländerrecht	
Polizeioberkommissar Jörn Memenga, stellvertretender Soko-Leiter	125
Was wir heute tun, ist entscheidend für die Zukunft	135
Kuriose Einzelfälle und der Unschuldige mit dem Falschgeld	
Polizeioberkommissar Jörn Memenga, stellvertretender Leiter der Soko	144
Eine erste Bilanz und die Reaktionen auf die Arbeit der Soko	150
Die Angst vor dem ersten Toten	
Kriminalhauptkommissar Torsten Heuer, Leiter der Soko	156
Die Herkunft und die Frage der Kriminalität	165
Endlich eine geordnete und durchdachte Erfassung	167
Folgen für das Privatleben	
Christine Memenga-Jähne, Ehefrau des stellvertretenden Soko-Leiters	180
Eingeschleuste Terroristen gehen sicher nicht zu Fuß.	186
Der ganz normale Wahnsinn – ein alltäglicher Tag	
Kriminalhauptkommissar Torsten Heuer, Leiter der Soko	190
Die jüngste Flüchtlingswelle kam nicht überraschend	197
Entwicklung der jährlichen Asylantragszahlen seit 1953	200
Ein Mann namens Elvis	
Polizeikommissar Matthias B., Sachbearbeiter der Soko	201
Die ethnischen Auseinandersetzungen – Unterbringung und Konfliktpotenzial	211
Schlussbemerkung	215

VORWORT

Es gibt in Deutschland ein Thema, über das nur äußerst ungerne gesprochen wird: Kriminalität von Flüchtlingen. Das war vor den Vorfällen in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln und anderen Städten so, und das hat sich seitdem auch nur in Maßen geändert. Weil aber so ungerne darüber gesprochen wird, möchte ich genau das nun tun. Allerdings ist mir klar, dass ich damit Vertreter unterschiedlicher politischer Richtungen gegen mich aufbringen werde. Von der rechten Seite wird mir vermutlich vorgeworfen werden, ich würde die Lage im Land verharmlosen, liberaler und links Ausgerichtete werden mich dafür verurteilen, dass ich die Begriffe Kriminalität und Flüchtlinge überhaupt in Verbindung zueinander bringe.

Aber vermutlich sollte ich zunächst damit beginnen, warum ich mir überhaupt das Recht herausnehme, über ein derart umstrittenes wie auch mit Emotionen behaftetes Thema zu berichten: Ich tue es, weil ich zum einen als stellvertretender Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamten sehr genau darüber informiert bin, wie die Lage in Sachen Flüchtlingskriminalität in Deutschland tatsächlich ist. Und zum anderen leite ich die Kriminalpolizei in der niedersächsischen Stadt Braunschweig und habe dort im August 2015 die erste Sonderkommission mit initiiert, die sich ausschließlich mit Kriminalität aus den Reihen der Flüchtlinge beschäftigt. Dass ich das getan habe, ist natürlich ein deutlicher Hinweis darauf, dass mir sehr wohl bewusst ist, dass es diese Flüchtlingskriminalität gibt. Da ich aber über derartige Vorkommnisse auch bundesweit informiert bin, ist mir ebenfalls bewusst, dass das Problem weit geringer ist, als es manche Parteien, Organisationen und Politiker der Öffentlichkeit gerne weismachen wollen.

Mittlerweile zeigen uns die Beispiele der Silvesternacht in Köln auch die Folgen einer »Kuschelpolitik« oder blanker Ignoranz, die sich aus den Fehlern der letzten 20 Jahre, aber auch der jüngeren Zeit ergeben haben. Ich werde darauf an geeigneter Stelle noch genauer eingehen. Denn es wird noch darüber zu sprechen sein, wenn auch gleich festgehalten werden kann, dass das Thema insgesamt nicht viel mit der jetzigen Situation und der aktuellen Flüchtlingsproblematik zu tun hat.

Wann immer wir von Flüchtlingskriminalität reden, müssen wir uns bewusst machen, dass allein im Jahr 2015 mehr als eine Million Menschen auf der Flucht nach Deutschland gekommen sind. Und nirgendwo auf der Welt wird man eine so große Zahl an Menschen antreffen, ohne dabei auf einige kriminelle Personen zu stoßen.

Wenn ich hier von kriminellen Flüchtlingen schreibe, hat das zwei weitere Gründe: Ich möchte den Menschen in diesem Land erklären und deutlich machen, dass es diese Kriminalität zwar gibt, dass wir aber durchaus über Mittel und Wege verfügen, sie zu bekämpfen. Wenn wir diese zur Verfügung stehenden Mittel und Wege denn auch gezielt einsetzen. Außerdem geht es mir darum klarzustellen, dass es zwar tatsächlich diese kleine Gruppe von Menschen gibt, die mit dem Ziel nach Deutschland kommt, hier Straftaten zu begehen. Nur darf es schlicht nicht sein, dass die große Mehrheit der dankbaren und friedlichen Flüchtlinge mit diesen Personen über einen Kamm geschoren wird und am Ende unter deren Aktivitäten leiden muss.

Geht es um Flüchtlingskriminalität, dann geht es zudem um eine große Zahl weiterer Fakten, die häufig unterschlagen werden. Ich werde daher auch über jene Fehler berichten, die vor allem im Jahr 2015 von Seiten der verantwortlichen Politiker gemacht wurden. Denn die große Willkommenskultur

des Sommers 2015 hat auch dazu geführt, dass wir inzwischen gar nicht mehr wissen, wer überhaupt bei uns im Land ist, und auch nicht, wer sich wo aufhält. Die lange praktizierte Nicht-Registrierung von Flüchtlingen wird nicht nur für die Polizei noch lange ein Thema und auch ein Problem bleiben.

Ebenso wichtig ist ein anderes Thema: Die besagte Million Flüchtlinge ist bei uns. Es hilft also nicht, sich zu beschweren oder zu lamentieren. Es geht nun darum, dass wir uns damit beschäftigen, wie es weitergeht, und vor allem, wie wir diese große Zahl an Menschen in unsere Gesellschaft integrieren können. Ohne dass erneut jene Fehler gemacht werden, die im Zuge der letzten großen Flüchtlingswelle in den frühen Neunzigerjahren begangen wurden, und die sich in vielen Städten bis heute als ein ernstes Problem erweisen. Damals hat man sich nämlich nicht entschlossen genug um eine wirkliche Integration gekümmert, sondern die Menschen ohne viel Nachdenken in großer Zahl in bestimmte Stadtteile gestopft, die sich inzwischen zu regelrechten Ghettos entwickelt haben, in denen die Clans herrschen und der deutsche Rechtsstaat eher belächelt als geachtet wird. So konnte an einigen Orten das entstehen, was mitunter als »Parallelgesellschaft« bezeichnet wird.

In diesem Buch komme nicht nur ich zu Wort. Wie bereits erwähnt, habe ich im vergangenen Jahr in Braunschweig eine Sonderkommission in Sachen Flüchtlingskriminalität ins Leben gerufen. Diese Soko wurde zunächst Soko Asyl und später Soko ZERM genannt – die Gründe dafür werde ich in den folgenden Kapiteln noch erklären. Vor allem aber setzt sich diese Soko aus äußerst fähigen und motivierten Beamten zusammen, die inzwischen breite Erfahrung im Umgang mit der Thematik sammeln konnten. In diesem Buch werden sich meine Äußerungen daher mit Berichten der Beamten aus der Soko

abwechseln, um praxisnah so umfassend wie möglich die Facetten des Themas abdecken zu können und um unterschiedliche Meinungen wiederzugeben. Die hier zu Wort kommenden Kollegen und auch die Ehefrau eines Kriminaloberkommissars haben ungezwungen und frei ihre Beobachtungen, Einschätzungen und Gefühle niedergeschrieben. Es hat keinerlei Absprachen gegeben. Ich wusste bis zur Zusammenführung der einzelnen Kapitel nicht, was da so zusammenkommen würde.

ES GIBT KEINE KRIMINELLEN VÖLKER – WIE ALLES BEGANN

Bereits Anfang des Jahres 2015 war festzustellen, dass sich die Zahl der Flüchtlinge stark erhöht, die sich in Richtung der Bundesrepublik bewegten. Und damit auch in die Stadt Braunschweig, in der sich die Landesaufnahmestelle beziehungsweise Landesaufnahmebehörde befindet. Wenn ich an dieser und anderer Stelle unsere Stadt erwähne, dann steht der Name immer auch stellvertretend für alle anderen Städte im Land, die plötzlich mit einer neuen Situation fertig werden mussten.

Schon damals war jedem Kriminalisten in etwa klar, wie sich die Lage weiter entwickeln würde. Dazu braucht es kein Orakel und keine Kristallkugel, die Lage lässt sich recht einleuchtend mit der Situation in einem Fußballstadion vergleichen: Kommt eine große Masse an Menschen zusammen, finden sich darunter immer einige Menschen, die Probleme bereiten oder Theater machen. Genau so ist es 2015 auch gewesen. Schnell stellte sich heraus, dass sich unter den Flüchtlingen offensichtlich ein kleiner Block von Menschen befand, die vor allem oder ausschließlich mit dem Ziel nach Deutschland gekommen sind, hier Straftaten zu begehen. Wir hatten ähnliche Probleme mit der Landesaufnahmestelle auch schon vorher, nur wurden diese Probleme durch die große Zahl an Menschen nun sehr massiv. Also haben wir uns entschlossen, etwas dagegen zu tun.

Weil ich der Meinung bin, dass wir auf spezielle Kriminalitätsentwicklungen, wenn sie sich kurzfristig ergeben, mit einer flexiblen Organisationsform reagieren müssen. Wir dürfen also nicht an dem gewohnten Denken der Polizei festhalten, das sich an den alten Kategorien orientiert, etwa dass Kommissariat eins für den einen Bereich zuständig ist, Kommissari-

at zwei für den anderen und so weiter und so fort. Denn genau das war ja das Problem, vor dem wir standen. Die Verfahren wie Ladendiebstähle oder auch Raubüberfälle wurden wie gewohnt von unterschiedlichen Stellen bearbeitet. Wir haben uns dann entschlossen, das Thema anders anzugehen, und haben die Flüchtlingskriminalität abgetrennt, beziehungsweise haben wir die Trennung der Zuständigkeiten aufgehoben und stattdessen alles in der Sonderkommission zusammengeführt. Das war der eigentliche Hintergrund für unseren Vorstoß – dass es eine zentrale Stelle geben sollte, in der alle Fälle von Flüchtlingskriminalität bearbeitet werden, egal ob es sich um einen Ladendiebstahl, einen Raub oder auch um Notzucht handelte.

Der zweite wesentliche Anlass für die Einrichtung der Soko war, dass die ganze Diskussion, die im Zusammenhang mit der steigenden Kriminalität im Umfeld der Landesaufnahmestelle aufkam, natürlich auch eine hoch emotionale war. Das merkten wir sehr schnell. In dem Zusammenhang tauchten bald auch radikale Theorien auf, dass die Flüchtlinge alle kriminell sind. Dahinter wiederum verbarg sich die Tatsache, dass es Menschen gibt, die damit ihre politischen Süppchen zu kochen versuchten. Und das wollten wir verhindern. Wie sich im Nachhinein herausgestellt hat, stimmten all diese in die Welt gesetzten Gerüchte natürlich nicht. Es ist ja keineswegs so, dass alle Flüchtlinge, die zu uns kommen, kriminell sind. Das Gegenteil ist der Fall. Bei den Kriminellen handelt es sich um eine verschwindend kleine Minderheit, die allerdings die Gesamtheit der Flüchtlinge in Misskredit zu bringen drohte.

Es handelte sich also letztlich um eine Kombination von Gründen, aus denen wir die Sonderkommission ins Leben gerufen haben. Verbunden war damit auch der Wunsch, der Bevölkerung zu signalisieren, dass wir unseren Schutzauftrag

wahrnehmen und ernst nehmen. Denn das ist schließlich die eigentliche Aufgabe der Polizei: Sie ist es, die Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren hat. Gleichzeitig war es uns aber auch sehr wichtig, den Menschen zu verdeutlichen, dass wir sehr differenziert an die Sache herangehen. In keinem Moment ging es uns darum, Menschen aus bestimmten Herkunftsländern an den Pranger zu stellen oder sie per se als Kriminelle zu stigmatisieren. Es war und ist uns vielmehr vollkommen egal, mit welchen Nationalitäten wir es zu tun haben. Es sind alles Menschen, und ich habe immer wieder betont, dass es keine kriminellen Völker gibt.

Es handelt sich vielmehr um Kriminelle, die im Strom der Asylsuchenden mit eingereist sind. Es sind also Menschen, die zu uns gekommen sind und die Straftaten begehen. Daher werden sie auch wie Straftäter behandelt.

Genau diese sehr begrenzte, aber auch sehr auffällige Gruppe innerhalb des Flüchtlingsstromes ist das Problem gewesen, das wir hier gehabt haben und immer noch haben.

Hinzu kam, dass sich aufgrund der zunehmenden Diebstähle in den Innenstadtgeschäften und den Vorkommnissen in dem Stadtteil Kralenriede der »Einsatztakt« unserer Kolleginnen und Kollegen der Schutzpolizei enorm erhöhte. Ferner die teilweise Gewaltbereitschaft einiger Straftäter und der Frust, dass sie diese, auch nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft, nach der Vernehmung – Personalien standen ja sowie nie fest – wieder laufen lassen mussten, um sie zwei Stunden später wieder aus irgendeinem Geschäft nach einem erneuten Diebstahl abholen zu müssen. Damit war, wie man so sagt, der Rubikon überschritten, und wir sahen erhöhten Handlungsbedarf.

Aber genau das haben viele anfangs überhaupt nicht verstanden. Wir wurden beschimpft, dass wir gegen Ausländer ermitteln, und dass wir uns damit nur um eine Seite eines Pro-

blems kümmern würden. Die Rechten wiederum haben uns ganz andere Dinge vorgeworfen – dass wir etwa nicht mehr darauf achten, was diese Ausländerkriminalität für die Bevölkerung bedeutet.

Aus diesem Grund haben wir irgendwann gesagt, und das muss auch die Maxime der deutschen Polizei sein: Dass unabhängig von Ethnie ermittelt wird – genau das und nichts anderes haben wir hier gemacht. Wir behandeln diese Menschen wie deutsche Straftäter oder Straftäter aus Ländern, die nicht zu den typischen Herkunftsländern der Flüchtlinge zählen.

Dass es sich zunächst ausschließlich um den Personenkreis aus der Landesaufnahmestelle handelte, hängt einfach damit zusammen, dass wir aufgrund der großen Menge der Menschen, die da durchgereicht werden, insbesondere dort mit Straftätern zu tun gehabt haben. Es hätten aber auch ganz andere Gruppen sein können.

Aber kehren wir noch einmal zu der grundsätzlichen Situation in Braunschweig zurück, die schließlich zu der Gründung der Soko führte. Zu Beginn des Jahres bemerkten wir, dass es einen massiven Anstieg von Straftaten gegeben hatte. Das galt besonders für den innerstädtischen Bereich und für den Stadtteil Kralenriede, der sich in unmittelbarer Nähe zu der Landesaufnahmestelle befindet. Dieser Stadtteil liegt im Norden Braunschweigs und zeichnete sich bislang durch einen eher beschaulichen Alltag aus. In Kralenriede finden sich vor allem Einfamilienhäuser, insgesamt leben dort kaum mehr als 3000 Menschen, und für die Polizei ist dort normalerweise recht wenig zu tun. Es ist ein gutbürgerlicher Stadtteil mit gut-situierten Bewohnern.

Nun aber waren die Zahlen der Einbrüche regelrecht explodiert – jedenfalls im Vergleich mit der zuvor fast zu vernachlässigenden Zahl derartiger Delikte. Wir haben das Problem

zunächst mit Bordmitteln zu bekämpfen versucht, also mit den üblichen Mitteln polizeilicher Arbeit. Das jedoch ist uns nicht gelungen. Der nächste und eigentlich nur logische Schritt bestand dann in der Einrichtung einer Sonderkommission.

Von Anfang an allerdings gab es dabei ein Problem, das sich seitdem kaum verändert hat: Dass man nämlich über das Thema der Kriminalität von Flüchtlingen in diesem Land nicht so gerne spricht. Wer es trotzdem tut, setzt sich damit auch der Gefahr aus, dass er auf die rechtsradikale Schiene gesetzt wird. Was jedoch vollkommener Unsinn ist. Ich weiß, dass weder ich noch meine Kollegen von der Soko solche oder ähnliche Gedanken im Hinterkopf haben. Es mag sein, dass ich mich wiederhole, aber uns ging und geht es lediglich darum, dass wir Straftaten verhindern wollen, weil genau das und nichts anderes unsere Aufgabe ist. Und ich muss es erneut betonen: Niemand sollte überrascht sein, dass unter einer großen Anzahl von Menschen immer auch Kriminelle zu finden sind. Im Jahr 2015 sind mehr als eine Million Flüchtlinge in Deutschland angekommen. Das entspricht ungefähr der Einwohnerzahl einer Großstadt wie Köln. Ist Köln eine kriminelle Stadt? Nein, auch nicht nach den Vorfällen von Silvester. Hier hat sich eine kriminelle Horde ausgetobt und schweren Schaden in der Flüchtlingsfrage angerichtet.

Andersherum gefragt: Gibt es unter den Bürgern Kölns auch einige kriminelle Subjekte? Auf jeden Fall. Weil es bei der großen Zahl an Einwohnern einfach vollkommen normal ist, dass nicht jeder das Gesetz in jeder Minute befolgt, und weil es sicher einige gibt, die mit Kriminalität ihr Geld verdienen wollen. Genau wie es bei einer sehr begrenzten Zahl von Flüchtlingen der Fall ist. Weil sich unter einer Summe X von Menschen immer Kriminelle befinden. Das ist eine Tatsache, die jeder Soziologe bestätigen kann und bestätigen wird.

Genau das haben wir hier in Braunschweig festgestellt, und deswegen gehen wir gegen diesen Personenkreis vor – nichts anderes machen wir. Ich selber bin jetzt seit mehr als 41 Jahren bei der Polizei, und so ist das, was hier geschieht, auch überhaupt keine Überraschung für mich. Was mich dagegen wirklich überrascht, ist der Umstand, dass andere genau das noch gar nicht bemerkt haben.

Was ein solches Vorgehen gegen Kriminalität von Flüchtlingen aber tatsächlich bewirken kann, das zeigt auch die Kriminalitätsstatistik. Weil es sich eben nicht um die Masse der Flüchtlinge handelt, und weil wir gegen diesen begrenzten Kreis von Kriminellen sehr intensiv vorgegangen sind, haben wir keinen signifikanten Anstieg der Kriminalität in der Stadt Braunschweig in 2015. Und dies, obwohl uns prophezeit wurde, die Stadt würde in Kriminalität »absaufen«.

Aber kehren wir noch einmal zurück zu der Vorgeschichte. Begonnen hatte alles schon vor dem Jahr 2015. Der Gründung der Sonderkommission ging eine viele Monate lange Phase voraus, in der die Stimmung in der Stadt sich wandelte. Braunschweig stufe ich in diesem Zusammenhang nicht als Einzelfall ein, sondern als ein Beispiel für eine sich verändernde Situation, die man auch in anderen deutschen Städten mit größeren Flüchtlingsunterkünften feststellen kann. Im Jahr 2014 war der Begriff Flüchtlingskrise noch nicht in aller Munde, doch auch damals schon verzeichnete die Europäische Union einen starken Anstieg der Flüchtlingszahlen – und zwar im Vergleich zum Vorjahr um rund ein Drittel auf mehr als 600 000 Menschen. Und diese Menschen stellten ihre Asylanträge vor allem in Italien, in Schweden und eben auch in Deutschland.

Die Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge in Braunschweig gibt es inzwischen seit rund 20 Jahren, die Menschen in der Stadt sind also seit langem vertraut mit der Einrichtung und

auch mit den Personen, die dort vorübergehend aufgenommen werden. Doch bereits im Oktober 2014 und damit fast ein Jahr, bevor die Soko ihre Arbeit wirklich aufnahm, erschienen in lokalen Medien Artikel über die Zustände in der Landesaufnahmebehörde, und auch über das Verhalten von Flüchtlingen. Außerdem machte auch die rechte Szene schon damals mobil gegen Flüchtlinge.

So erschien auf dem Regional-Portal *regionalbraunschweig.de* am 11. Oktober 2014 ein Artikel unter der Überschrift »Flüchtlingssituation in Braunschweig ist angespannt«. Darin wurde über eine Überbelegung der Landesaufnahmebehörde geschrieben: Die eigentlich auf nur 550 Flüchtlinge ausgelegte Einrichtung müsse aktuell 750 Menschen Raum bieten – was vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung im Jahr 2015 immer noch geradezu paradiesische Zustände waren. Denn die Zahlen sollten eben noch bis auf fast 4000 Menschen steigen.

Trotzdem zeigten sich die Bewohner der Stadt schon damals besorgt. Sie empfanden einerseits die Unterbringung so vieler Personen auf so engem Raum als kaum menschenwürdig, vor allem aber regte sich auch Protest gegen die Flüchtlinge und deren Handeln. Schon damals wurde eine Bürgerinitiative gegründet, die sich vor allem darüber beklagte, dass durch die hohe Zahl von Flüchtlingen in Braunschweig inzwischen Belästigungen, Diebstahl, Körperverletzungen und auch Drogenmissbrauch an der Tagesordnung seien.

Das Portal zitierte in besagtem Artikel aus einem Brief, den man von der Bürgerinitiative erhalten hatte. Darin habe gestanden: »Das Allerschlimmste ist, dass die Politiker absolut keine Anstalten machen, die desaströse Lage zu verbessern. Wie zuletzt bei der Bezirksvertretung im Heinrich-Jasper-Haus, wo die Bürger über ihre Probleme berichteten. Und von der Vertreterin der Landesaufnahmebehörde und den anderen

Politikern kamen nur Beschwichtigungen, man kenne die Vorkommnisse, könne aber nichts tun. Dem ganzen die Krone aufgesetzt hat dann die freche Aussage, dass man im Heidberg ebenfalls Probleme mit Müll und rund ums Stadion ebenfalls Probleme mit Lärm gibt.« Dass die so zitierte Aussage grammatikalisch nicht vollkommen korrekt ist, soll hier nichts zur Sache tun. Es geht allein darum, dass schon zu jener Zeit Beschwerden darüber aufkamen, dass es im Umfeld der Landesaufnahmebehörde zu laut sei, und dass vermehrt Abfall auf Straßen und Gehwegen zu finden war. Fast zeitgleich kam allerdings auch der Verdacht auf, diese Bürgerinitiative sei eine Tarnorganisation rechter Gruppen, die in der Stadt die Stimmung gegen Flüchtlinge weiter anheizen wollte.

Natürlich wurde schon zu jener Zeit die Polizei ebenfalls zur aktuellen Lage befragt. Vor allem ging es immer wieder um Vorfälle in dem besagten Stadtteil Kralenriede, in dem die Stimmung besonders angespannt war. Daher kommt in dem von mir zitierten Artikel auch ein Sprecher der Braunschweiger Polizei zu Wort, der im Oktober 2014 noch sagte: »Bei vollem Verständnis für die Sorgen der dortigen Anwohner und Kunden in den Geschäften, in denen auch Asylbewerber einkaufen, sieht die Polizei keine besondere Problematik. Eine besondere Kriminalitätsbelastung, zum Beispiel durch mehr Diebstähle in Geschäften, Belästigungen oder anderen Delikten ist uns nicht bekannt. Möglicherweise haben öffentlichkeitswirksame Vorkommnisse und Auseinandersetzungen innerhalb der Landesaufnahmebehörde (LAB), auch durch die Berichterstattung, zu einer Wahrnehmung der Bürger geführt, die sie in ihrem Sicherheitsempfinden negativ beeinflusst hat.« Auch die Vielzahl fremder Menschen, die sich auf dem Weg zwischen der LAB und den ansässigen Geschäften bewegten, mögen zwar subjektiv als bedrohlich empfunden werden, er-

klärte der Kollege von der Pressestelle weiter. Polizeilich relevante Vorkommnisse gebe es aber nicht.

Wie gesagt, das alles trug sich im Oktober 2014 zu. Und ich gebe auch zu, dass wir uns erst einmal mit der Situation vertraut machen mussten, dass wir etwas lernen mussten. Doch so wie sie im Oktober noch war, blieb die Situation nicht. Denn mit dem Beginn des Jahres 2015 stiegen die Flüchtlingszahlen noch einmal massiv an. Nicht nur die, sondern auch die Zahlen der in der Landesaufnahmebehörde untergebrachten Menschen erreichten immer neue Höchstwerte. Bereits im März des Jahres lagen sie schon immer deutlich über 2 000 oder bei 2 500. Wir wussten natürlich, dass die eigentlichen Aufnahmekapazitäten gar nicht so groß sind. Ursprünglich war die LAB wie gesagt auf nur 550 Personen ausgelegt, dann hatte man dies mit zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten auf etwa 1 300 hochgefahren. Was natürlich immer noch bei weitem nicht ausreichend war. Wir haben dann bald gemerkt, dass die Kollegen von der Landesaufnahmebehörde, die vor Ort arbeiteten, an ihre Grenzen stießen.

Doch bald ging es nicht mehr allein um die Zahl der Asylsuchenden. Was uns in unserer Arbeit als Kriminalbeamte seit Beginn des Jahres 2015 ebenfalls auffiel, das war eben der massive Anstieg der Straftaten. Was in der Stadt dabei besonders auffiel, war die enorme Zunahme an Ladendiebstählen – vor allem auch die Diebstähle hochpreisiger Waren. Es ging also nicht um Schokoriegel oder kleine Diebstähle beim Discounter, sondern um Diebstähle in Kaufhäusern oder Ladengeschäften, bei denen auch äußerst kostspielige Dinge gestohlen wurden.

Was ebenfalls massiv auftrat, waren sogenannte Antanzversuche, über die nach den Vorfällen in der Silvesternacht in Köln ja auch bundesweit berichtet wurde. Dabei geht es um eine Masche, die vor allem bei Nordafrikanern sehr verbreitet

ist. Sie gehen in Gruppen von drei oder vier Leuten auf ältere Menschen, hilflose Menschen, auf Betrunkene oder eben auch auf Frauen zu. Die werden angetanzt und mit diesen tanzähnlichen Bewegungen abgelenkt oder aus dem Gleichgewicht gebracht, immer mit dem Ziel, sie zu bestehlen und ihnen Geldbörse oder Handy aus den Taschen zu ziehen. So etwas kam wiederholt und mehrfach vor.

Gerade dieser Anstieg der Antanzmasche war aber für uns ebenfalls ein Signal, dass sich hier etwas forcierte, das wir schon seit Jahren in der Kriminalitätsbekämpfung kannten. Durch die Vorfälle in Köln hat sich erneut gezeigt, dass sich diese Tätergruppen, die zweifelsfrei nicht die klassischen Flüchtlinge sind, schon zum Teil seit Jahren mit einem Duldungsstatus in der Bundesrepublik befinden. Aber trotz zum Teil erheblicher Vorstrafen können sie nicht abgeschoben werden, da ihre Herkunftsländer entweder die »Annahme« verweigern, weil keine Aus- und Überlieferungsverträge mit der Bundesrepublik Deutschland bestehen, oder überhaupt nicht geklärt ist, wo sie denn nun tatsächlich herkommen. Doch dazu noch später.

Daneben nahmen auch die Schlägereien zu. Sodass wir uns gesagt haben, dass wir uns mit dem Themenbereich intensiver beschäftigen müssen. Dazu kam noch etwas anderes: ein enormer Anstieg von Einbruchsdiebstählen. Wenn ich sage enorm, dann ist das wie gesagt vor dem Hintergrund zu verstehen, dass der Stadtteil Kralenriede, um den es vor allem geht, eigentlich ein sehr ruhiges Wohngebiet ist. Dort wohnen rund 3000 Menschen und es ist insgesamt relativ ruhig in Bezug auf Straftaten. Die Einbruchszahlen bewegten sich dort bislang auf das Jahr gerechnet im einstelligen Bereich. Nur lebten dort inzwischen eben nicht mehr die 3000 einheimischen Anwohner, hinzu kam etwa die gleiche Zahl an Flüchtlingen.

Dann veränderte sich etwas in Kralenriede, und zwar nicht nur in Bezug auf die Bewohnerzahlen. Statt auf sieben bis zehn Einbrüche im Jahr kamen wir nun plötzlich auf Einbruchszahlen von etwa 40 Fällen. Da haben wir uns gesagt, dass da wirklich etwas nicht mehr stimmt. Also haben wir uns intensiv mit den Vorgängen auseinandergesetzt, und nach relativ kurzer Zeit haben wir festgestellt, wer für die Zunahme an Einbrüchen verantwortlich ist. Diese Personen haben wir schließlich auch festgenommen.

Es handelte sich um Personen aus dem nordafrikanischen Raum. Deren genaue Identitäten allerdings kennen wir nicht, da sie keine Pässe haben. Mittlerweile sind die Täter aber rechtskräftig verurteilt.

Zum Sommer hin hatten wir außerdem einen Fall eines Notzuchtdelikttes. Eine junge Frau war angegriffen worden, und zwar in unmittelbarer Nähe der Landesaufnahmebehörde. Wieder handelte es sich bei den Tätern um Angehörige besagter Personengruppe. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, dass die Sache nun einen zusätzlichen Drive bekam, und wir sind dazu übergegangen, uns ganz speziell mit den Menschen zu befassen, die aus der großen Masse der Asylanten und Asylbewerber heraus Straftaten begehen. Mittlerweile sind wir so weit, dass wir wirklich konkrete Anhaltspunkte haben, dass es sich hier auch um Bandenkriminalität handelt – was wir von Anfang an ahnten, aber eben noch nicht mit Fakten unterfüttern konnten. Es handelte sich also um Personen, die ganz gezielt nach Deutschland geschickt worden sind, um hier Straftaten zu begehen. Das Diebesgut wird anschließend über sehr raffinierte Wege ins Ausland befördert.

Außerdem wurden Wohnungen gezielt ausgeräumt. Was uns dabei überrascht hat, war etwas, das Einbrecher normalerweise nicht machen: In zwei Fällen sind die Wohnungseigentümer

von den Einbrechern nämlich auch angegangen und körperlich bedroht worden. Die Täter, die dort eingebrochen sind, haben also die Wohnungseigentümer angegriffen, als die sie bei der Tat überrascht haben. Das ist eigentlich ein Phänomen, das relativ selten vorkommt. Und das hat uns sehr, sehr hellhörig gemacht. Damit wurde uns endgültig deutlich, dass wir hier etwas machen müssen. So etwas kann man nicht ignorieren, und zwar unabhängig von der Frage, ob es womöglich Zusammenhänge mit der Landesaufnahmebehörde gibt. Das wussten wir zu dem Zeitpunkt außerdem noch gar nicht. Wir haben nur angenommen, dass es so ist, weil die Geschädigten die Täter häufig als Menschen beschrieben haben, die von ihrem Auftreten und ihrer Erscheinung her als aus dem nordafrikanischen Raum stammten. Am Ende stellte sich heraus, dass die Beschreibungen und Vermutungen zutrafen, dass es sich also tatsächlich um Nordafrikaner handelte. Bei uns herrschte daraufhin höchster Alarm. Wir mussten den Vorgängen einen Riegel vorschieben, damit es nicht zu noch schwerwiegenden Vorfällen kam.

Die Vorgeschichte der Soko bestand also darin, dass wir genau das bei der hiesigen Kripo festgestellt haben. Das wiederum hat anfangs zu durchaus kontroversen Diskussionen geführt, was grundsätzlich gar nicht schlimm ist. Wir haben es – auch über die Staatsgrenzen hinaus – durchaus mit Personen oder Kreisen zu tun gehabt, die die Lage und das Thema anders bewerteten. Am Ende aber haben wir auch diese Menschen überzeugen können. Indem wir gesagt haben: Leute, das ist die einzige Möglichkeit, wie wir uns erfolgreich durchsetzen können. Inzwischen wird das Thema Sonderkommission auf breiter Front mitgetragen, und zwar bis hin zur Behördenleitung.

Am Anfang allerdings, und das will ich gar nicht verhehlen, war sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Weil man nicht

wollte – und ich weiß immer noch nicht, warum dieser Reflex immer wieder auftaucht –, dass, wenn die Polizei gegen eine Ethnie ermittelt, das automatisch mit Fremdenfeindlichkeit gleichgesetzt wird. Und wenn ich mir jetzt die Diskussion nach den Vorfällen in Köln anhöre, bin ich nur noch am Staunen. Natürlich gab es klare politische Vorgaben, wie mit Straftätern umzugehen war, die man insgesamt als »Nichtdeutsche« bezeichnet. Man wollte vermeiden, dass hier eine Stigmatisierung seitens der Polizei und nachfolgend der Medien und dann der Bevölkerung eintrat. Man hat das aber so abschließend durchgeführt, dass überhaupt nichts mehr nach draußen gedrungen ist. Selbst in unseren Datenverarbeitungssystemen gab und gibt es keine Möglichkeit, hier differenziert nach verschiedenen »Landmannschaften« zu suchen. War die Idee hinter diesem Gedanken sicherlich »reinen Herzens«, so fatal war das Ergebnis innerhalb der damit umgehenden Sicherheitsbehörden. Wir waren daher kaum sprechfähig und das ganze Dilemma dieser Vorgehensweise offenbart sich jetzt. Das wäre zu vermeiden gewesen, wenn hier ebenfalls eine differenzierte Berichterstattung zugelassen worden wäre. Jetzt haben wir den Salat und man glaubt uns nichts mehr.

Was mich aber besonders aufregt, ist jetzt das zum Teil scheinheilige Verhalten der Politiker. In der Sendung »Hart aber fair« vom 11. Januar 2016 stellte sich dann eine ausgewachsene Ministerpräsidentin und eine ehemalige Bundesministerin der GRÜNEN hin und zog über die Polizei her, die jetzt alleine für das entstandene Chaos in dieser Kölner Nacht verantwortlich sei. Nein, meine lieben Politikerinnen und Politiker. Diese Suppe hat sich nicht die Polizei eingebrockt. Das ist von »langer Hand« vorbereitet gewesen. Jetzt ruft man »Haltet den Dieb«, meint damit zum Teil die Polizei und die Ausländerverwaltung und schlägt sich in die Büsche.